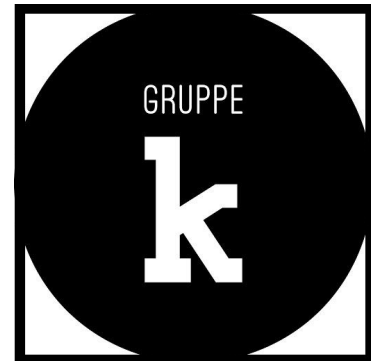


Systemchange – not Regierungswechsel!



Klimaerwärmung, Naturkatastrophen, Pandemien: Es wird schlimmer; die gut bewohnbaren Regionen in der Welt werden in den nächsten Jahrzehnten dramatisch schrumpfen; für viele Millionen Menschen geht die Welt förmlich unter. Höchste Zeit etwas zu tun, das sehen nicht nur wir so. Und ja – es wird sich gekümmert! Ein Grund zum Aufatmen?

Die Wirtschaft wird grün?

Die deutsche Wirtschaft beteuert, das Problem sehr ernst zu nehmen. Den Titel des Exportweltmeisters hat sich Deutschland verdient mit Stein- und Braunkohleverstromung, Stahlverhüttung und Brennstoffautos – ohne die Verpestung von Flüssen, Luft und Umwelt wäre das nicht zu machen gewesen! Erstmal oben angekommen, wird die Industrie nun nicht etwa selbstkritisch. Nein, die Investition in erneuerbare Energien ist eine Investition in die Zukunft ihrer Profite.

Wenn jetzt verstärkt auf Windkraft und Wasserstoff gesetzt wird, ist das bestenfalls etwas klimaschonender. Entwickelt und angewandt werden klimafreundliche Technologien jedoch nur, wenn sich damit Geld verdienen lässt. Und auch zu einer „grünen Wirtschaft“ gehören alle möglichen Ekelhaftigkeiten dazu – etwa Energie-Pflanzen, die Kleinbauern von ihrem Land vertreiben, die Flächen für Nahrungsmittel verkleinern und mehr Leute hungern lassen.

Politiker übernehmen Verantwortung?

Auch in der Politik wird inzwischen tagtäglich die Verantwortung für das Klima und die kommenden Generationen beschworen – das haben die Klimaproteste durchaus erreicht. Allerdings sehen weder die Regierungsparteien noch die grüne Opposition die andauernde Zer-

störung der Umwelt durch die Wirtschaft als Ausdruck der zweckmäßigen Rücksichtslosigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Stattdessen wird sie als verfehlte Politik und als Mangel an Regulierungen gedeutet. Die verschiedenen Parteien streiten sich darum, mit welchen Grenzwerten und Anreizen die Wirtschaft diese Transformation bewerkstelligt. Sie streiten sich – nicht, weil strittig wäre, welche Technologie und Ressourcenverwendung sachlich gesehen klimaschädlich ist. Sie streiten sich, weil keine Maßnahme dem deutschen Wirtschaftswachstum schaden darf. Einerseits fällt Klimaschutz deswegen immer mager aus, weil er dem deutschen Kapital Kosten zuzumutet; andererseits soll aus grüner Technologie eine Chance für die deutsche Vormachtstellung auf den Zukunftsmärkten gemacht werden, die man mit Subventionen fördert.

Wer steht dafür gerade?

Geradestehen müssen für die Perspektive eines „new green deal“ perspektivisch die Arbeiter*innen in der umweltschädlichen Industrie, die mit Kurzarbeitergeld und Umschulungen bedacht oder gleich entlassen werden; und schlechtbezahlte Arbeiter*innen in der grünen Branche, in denen Gewerkschaften erst gar nicht verankert sind.

Damit die deutsche Wirtschaft „grüne“ Technologien zum internationalen Verkaufsschlager machen kann, müssen billigere, umweltschädlichere Waren vom Weltmarkt verdrängt werden. Ein Wissens- und Technologietransfer, der es anderen Ländern ermöglichen würde, ebenso mit klimafreundlicher Produktion ihren Erfolg zu suchen, wird möglichst verhindert. Denn jeder Fortschritt anderer Nationen in der Entwicklung profitabler klimafreundlicher Produkte ist ein Angriff auf dieses deutsche Klimaschutzprogramm. So sieht Klimaschutz in einer Gesellschaft aus, in der für Gewinn gewirtschaftet wird!

Fürs Klima wählen?

Bei diesem Programm sollen wir als Wahlvolk nun also mitgestalten: Wir sollen dem Klimawandel einen Riegel vorschieben, indem wir bei der richtigen Partei unser Kreuzchen machen. Wir sollen die Lösung des Klimawandels diesem Staat anvertrauen, der mit seinem Zweck des Wirtschaftswachstums die rentable Zerstörung und Vernutzung

von Mensch und Natur organisiert. Die Welt geht unter – wir sollen wählen? Klimaschutz, der dem deutschen Wirtschaftswachstum nutzt? Diesen impliziten Wahlauf Ruf für die grüne Partei machen wir nicht mit.

An die Politik zu appellieren, wird den Klimawandel nicht stoppen! Der zögerliche Ausstieg aus der Kohle und die Verfehlung der internationalen Klimaziele durch die bisherigen Regierungen sind nämlich nicht einfach das Produkt einer korrupten und ignoranten Staatsführung. Alle demokratischen Politiker ordnen den Klimaschutz ein in die vielfältigen wirtschaftlichen „Sachzwänge“, an denen auch alle kandidierenden „ökologisch-bewusste“ Parteien festhalten. Es sind die Sachzwänge einer Wirtschaft, in der für Profit produziert wird und in der das Auskommen der kleinen Leute sowie das Einkommen des Staates an der Rentabilität der Produktion hängt. Ob eine solche Wirtschaft dann Schwarz, Rot oder Grün verwaltet wird, ändert dabei nicht die Rolle von Mensch und Natur in der Gesellschaft: Sie müssen eine so günstige Produktion ermöglichen, dass die deutsche Industrie ihre Waren im letzten Winkel der Welt verkaufen kann. Auch das vermeintlich „kleinste Übel“ der Wahlalternativen, wird daher nicht die Gründe für Umweltzerstörung, Armut oder Kriege abschaffen. Im Gegenteil: Sie wird nach ihren Vorstellungen von deutschem Erfolg auf dem Weltmarkt die Umweltzerstörung reguliert erlauben, die Armen für sich nutzbar machen und die Welt nach ihren Vorstellungen ordnen. Diese Dreifaltigkeit 'Umweltzerstörung', 'Armut' und 'Kriegsgründe' gehören zu einer marktwirtschaftlich verfassten Gesellschaft einfach dazu.

Und stattdessen?

Deshalb wollen wir einen System- und keinen Regierungswechsel. Wir wollen eine Wirtschaft, die produziert, was gebraucht wird – hier genauso wie in den Ländern des globalen Südens. Nicht eine, die Millionen verhungern lässt und gleichzeitig Massen an Zeug wegschmeißt, wenn der Verkauf nicht gelingt. Eine Wirtschaft, die Umweltschutz nicht in die Hände der Konsument*innen legt, sondern schon vorher Ressourcenschonung zum Kriterium der Produktion

macht und auf die Bedürfnisse der Leute an den Arbeitsplätzen achtet.

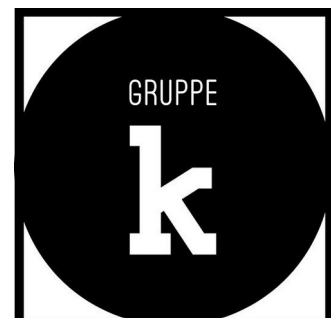
Mit anderen Worten: Auf einen Regierungswechsel zu hoffen greift zu kurz! So wie diese Gesellschaft jetzt eingerichtet ist, werden die Lebensbedingungen auf dieser Erde Jahr für Jahr schlechter – daran wird auch die nächste Wahl, die ihr so ernst nehmt, nichts ändern. Anstehende Klimakippunkte verleiten vielleicht dazu, in den bestehenden Institutionen nach kleinen Verbesserungen für den Klimaschutz zu streben. Doch aus der eigenen Ohnmacht zu folgern, dass die bestehenden staatlichen Strukturen zum Klimaschutz taugen müssen, ist allerdings ein fataler Fehlschluss!

Diskutiert mit uns:

- woher der Klimawandel kommt und was Kapitalismus damit zu tun hat;
- wie der Staat diese Wirtschaft betreut und was man als Wähler überhaupt wählen kann;
- warum der Klimawandel nicht im Kapitalismus zu stoppen ist.

**Heute, am 24.09. um 18:15 Uhr
auf unserem Tresenabend
im Taranta Babu
Humboldtstraße 44, 44137 Dortmund**

**Mail: info@gruppe-k.org
Homepage: gruppe-k.org
Facebook: facebook.com/grppk/**



Vi.S.d.P. Victor Hase, Salzweg 92, 44147 Dortmund